Einzelnummer 150 Mark

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: durch die Post innerhalb Deutschlands frei ins Haus geliefert: monatlich M. 2800.— und Bestellgebühr. Auswärts durch Träger zugestellt M. 3100.— Auslandsversand: monatlich M. 7100.— einschließlich Drucksachen-Porto. Das Leipziger Tageblatt erscheint täglich morgens, außer nach Sonn- und Feiertagen. Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörungen berechtigt den Bezieher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse 8. Fernsprecher 17080—17092. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Leipzig, Johannisgasse 8, allen Filialen, sowie in Berlin, Mittelstraße 18. Abonnements-Annahme in der Geschäftsstelle Leipzig, Johannisgasse 8, allen Filialen, sowie in Berlin, Mittelstraße 18.

Anzeigenpreis: für die Gesamt-Auflage (Stadt- u. Post-Auflage): die einsp. 24 mm br. mm-Zeile M. 150.—, für auswärtige Inserenten M. 270.—. Sonderpreise: Familienanzeigen d. Priv. die mm-Zeile M. 30.—. Gelegenheits-Anzeigen (priv. Natur) und Stellenangebote, die mm-Zeile M. 75.—. Stellengesuche die mm-Zeile M. 60.—, amtl. Bekanntmachungen, Doppelmm-Zeile M. 500.—, für auswärtige M. 540.—. Reklame 72 mm breit, die mm-Zeile M. 750.—, für auswärtige M. 1200.—. Auslandsanzeigen mit Valuta-Aufschlag. Bei Wiederholung Nachlaß. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. — Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung der Anzeigenaufträge und Leistung von Schadenersatz. — Postscheckkonto Leipzig 3791. Druck und Verlag Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., Leipzig. Berliner Schriftleitung: Jos Müllerhaus. Fernsprech-Anschluß: Dönhoff 3690—3693

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 57 — Mittwoch, den 7. März 1923 — 117. Jahrgang

Zum Besuch des Reichspräsidenten

Von **Arno Voigt**

Leipzig, 7. März

Heute trifft das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches in unserer Stadt ein, um Deutschlands älteste und bedeutendste Messe zu besuchen. Es wird keinen Empfang geben mit Schaugepränge und Wegdrängen des Volkes; Präsident Ebert hat seiner Lebtage hart und nüchtern gearbeitet, und darum kann er nicht in störender Absperrung auftreten an einem Ort, wo der Deutsche sich in seiner Stärke zeigt: in der Arbeit. Die meisten werden den Präsidenten kaum sehen; eben weil er in gar keiner Weise absticht von der gewaltigen Menschenmasse, in der ein jeder seinen Weg geht in Emsigkeit und Zielsetzung.

Soll man daran erinnern, wie Ebert ein beachteter Mann geworden ist gerade dadurch, daß er ebensowenig Beachtung suchte wie er sich an Verachtung stieß? Wie ist ihm dieses Wunderwerk gelungen inmitten eines Volkes, das politische Dinge nur allzu gern nach dem großen Schein beurteilte; und in einer Zeit, die an äußerer und innerer Unwertung Unerhörtes brachte? Die Antwort ist einfach und tröstend zugleich. Tröstend nicht nur in politischer, sondern vor allem in rein menschlicher Hinsicht: weil die Reinheit des Willens in diesem Manne wirkte, war es ihm beschieden, ein klares Leben zu führen. Das klingt bescheiden genug und ist doch so viel! Wer es vermag, der nimmt sich schon vor anderen aus; und an dieser Vornehmheit mußte alles Geplänkel gegen diesen in Echtheit starken Mann schließlich in sich zusammenfallen. Waren die Deutschen gewohnt gewesen, in ihrem Staatsoberhaupt eine prächtige Ausnahme von ihrer eigenen, sehr schalen Alltagsmilchsal zu sehen und sich von der Unromantik der unerbittlichen Lebensquälereien zu erholen an jenem so anmutigen Kranz von Festen und Klängen, ohne die die auf ganz anderem Boden stehende Person staatlicher Repräsentation sich ihnen nie zeigte, so gewannen sie an dem neuen Oberhaupt einen Begriff dafür, daß die eigenen, rein völkischen Tugenden des Volks-Deutschen dort weiterführen, wo der bloße Glanz versagt. Es müßte ja auch schlimm um ein Volkstum stehen, wenn es nicht aus sich selbst heraus die Kraft hervorzubringen vermöchte, die seiner Not gewachsen ist! Freilich — wer nach Sinnfälligem sucht, nach abgesperrter Würde und nach beglückender Gnade, der bleibt hier hungrig. Präsident Ebert repräsentiert nichts anderes als die Forderung des durch und durch unromantischen Alltags, dem „Stimmung" und „Pathos" Kinderspielzeug sind. Dem Deutschland von heute wäre ein Prunk-Repräsentant eine innere Verlogenheit. Durch sieben Mauern getrennt von all den Nöten, die das deutsche Volk jetzt durchmachen muß, wäre solch eine Blenderscheinung alles andere als völkisch.

Aber auch in einer anderen Hinsicht ist Präsident Ebert der getreue Ausdruck unserer ringenden Zeit. Die Toren, die da von „Juden und Schiebern" schwätzen und von der „Judenfahne", sehen gar nicht, daß gerade die verächtlichste Masse derer, die sich an der allgemeinen Not mästen, vor den ernsten Mienen von Männern nach der Art Eberts die Augen niederschlagen muß. Wenn etwas den faulen Schlemmer in Wut bringen kann, so ist es die Gelassenheit, mit der der Mann der Arbeit auf niedrigen Genuß herabsieht. Der deutsche Staat befindet sich heute in einer Krise, die die immer mächtiger werdende und auf immer schärfere Konzentration zielende „Wirtschaft" ihm bereitet. Auch viele gute Kreise unserer Volkswirtschaft können sich heute noch immer nicht entschließen, dem Staate die Opfer zu bringen, ohne die er eine gerade von ihnen begehrte machtvolle Außenpolitik nie und nimmer treiben kann. Aber vielleicht hält mancher sorgenvolle Kaufmann, wenn er heute in den Straßen unserer Stadt dem Präsidenten Ebert begegnet, einmal einen Augenblick im Kalkulieren ein und fragt sich, was es eigentlich, abgesehen von dem Stimmungsrausch, in dem man einen Zehntausender für die Ruhr-Grende hinwirft, mit den Begriffen „Staat" und „Volk" auf sich hat? Dann wird er fühlen, daß ein Mensch, der nur für sich arbeitet — und sei er noch so fleißig und auch ehrbar! —, schließlich der Kleine ist gegenüber dem, dessen Gedanken nur der Volksgemeinschaft gehören. In Ebert sehen wir den vornehmsten Vertreter solches echt völkischen Denkens und Wirkens.

Der Reichspräsident ist unserer Stadt ein willkommener und geehrter Gast!

Dr. Cunos Protest gegen die neuen Gewalttaten

Kein Angebot, aber Verhandlungsbereitschaft bei Gleichberechtigung

Berlin, 6. März.

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

Die Stellung, mit der die große Oeffentlichkeit die heutige Rede des Reichskanzlers erwartet, kam äußerlich in der starken Bewegung zum Ausdruck, die schon lange vor Beginn der Sitzung vor und im Reichstagsgebäude herrschte. Vor dem Portal II, das die Abgeordneten und Regierungsvertreter benutzen, hatte sich eine Stunde vor Sitzungsbeginn bereits eine große Menschenmenge angesammelt. Schutzpolizei mußte dafür sorgen, daß die Fahrstraße frei blieb. Am Portal selbst wurde ungewöhnlich streng die Kontrolle geübt. Wer den Beamten nicht persönlich bekannt war, mußte sich durch Ausweis legitimieren. Dieselbe Vorsicht wurde heute im Saale selbst in den Eingängen zu den Bänken der Regierung und der Vertreter der Freistaaten geübt, am genauesten selbstverständlich an den Aufgängen zu den Tribünen, die schon eine halbe Stunde vor Sitzungsbeginn überfüllt waren, die Diplomatenloge nicht ausgenommen.

¼6 Uhr beginnt die Glocke zu schrillen. Die Reichsminister drängen sich zwischen den Mauern der Ministerialdirektoren und Geheimräte hindurch. Außenminister v. Rosenberg, Reichsfinanzminister Hermes, Reichswehrminister Geßler usw., sowie die Abgeordneten stürmen in den Saal. Stimmengewirr, das immer mehr anschwillt; fast unbemerkt erscheint der Reichskanzler, plaudert stehend mit dem Außenminister. Die Glocke des Präsidenten ... die Unterhaltung reißt ab. Plötzliche Stille. Des Präsidenten Loebe helle Stimme dringt durch den Saal. Die Formel der Sitzungseröffnung geht in eine Ansprache über, die ein Protest ist. Nach dem ersten Satze schon hört man Pfuirufe, die sich gegen die Gewaltakte der französischen Besatzungstruppen richten. Anschließend ein Nachruf für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Mayer, den bisherigen deutschen Botschafter in Paris. Er wird stehend angehört. Eintritt in die Tagesordnung: „Das Wort hat der Herr Reichskanzler."

Die Rede des Reichskanzlers

Der Reichskanzler Dr. Cuno spricht wie immer von seinem Platz. Er führt aus: In den Morgenstunden des 3. März haben ohne jedwede Ankündigung französische Truppen den Rhein überschritten, das Hafengebiet, Zoll- und Werftanlagen von Mannheim besetzt, die Herrschaft über den Hafen von Karlsruhe ergriffen, sowie die Eisenbahnwerkstätten und das Elektrizitätswerk der hessischen Landeshauptstadt Darmstadt besetzt. Würde das irgendwo sonst unter zivilisierten Staaten geschehen, so würde die Welt voll der Entrüstung über solchen Friedensbruch sein. (Sehr wahr.) Da es an Deutschland geschieht, gilt es als kleine Epoche der Ruhraktion, keines besonderen Aufhebens wert. (Hört, hört!) Und Frankreich selbst bemüht sich kaum, den Schein des Zusammenhanges des Unrechts mit dem Unrecht an der Ruhr herzustellen. Nach Vollziehen der Gewalt erst hat es uns folgende Note gesandt:

„Der Rhein-Herne-Kanal, dessen Schleusen infolge von Sabotage gesperrt und durch die französischen und die belgischen Behörden wieder ist von neuem durch absichtliche Versenkung von Kähnen gesperrt worden. Die französische Regierung hat beschlossen, als Vergeltungsmaßnahme (Gelächter), die Häfen von Mannheim und Karlsruhe und die Eisenbahnwerkstätten von Darmstadt zu besetzen."

Also, weil im Rhein-Herne-Kanal, mitten im deutschen Binnenlande, Kähne versenkt sein sollen — eine Behauptung zunächst, der keine Feststellung irgendeines Zusammenhanges mit den Maßnahmen der deutschen Regierung vorausging —, wird neues Gebiet besetzt. Dieser Rechtsbruch reiht sich an den Einbruch an, den Frankreich mit der Besetzung der Städte Offenburg und Appenweier mit der leeren Begründung beging, daß dies die Strafe für den Ausfall einiger Schnellzüge und einiger Verfehlungen sei. Er reiht sich an den im Niederrhein begangenen Rechtsbruch der Besetzung der Städte Emmerich und Wesel und den jüngsten Einbruch am Mittelrhein, wo Frankreich die Städte Königswinter, Caub und Perchenhausen ohne Rechtsgründe, ja sogar ohne irgendeinen Rechtsvorwand (Sehr richtig!) besetzte. Aus keiner anderen Ursache also, als weil ihm die im Friedensvertrag vorgesehene Begrenzung der Brückenköpfe nicht mehr gefiel — ein Vorgehen, das gestern im englischen Unterhause der Regierungsvertreter als „vertragsmäßiger Grundlage entbehrend" erklärte. (Hört, hört!) Wenige Tage vor dem Einbruch hat Frankreich die berüchtigte Verordnung Nr. 147 erwirkt. Jeder, der durch freiwillige Handlungen oder Enthaltung einen Eisenbahntransport gefährdet, wird, wenn ein tödlicher Unfall verursacht worden ist oder hätte verursacht werden können, mit dem Tode bedroht; jede andere Gefährdung eines Eisenbahntransportes, die eine Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs zur Folge hat oder hätte haben können, mit Zuchthaus oder Gefängnis nicht unter 10 Jahren und jede fahrlässige Gefährdung mit Gefängnis oder Geldstrafen. Dieser Strafbedrohung ist außer dem Täter in gleicher Weise der Leiter des Dienstes unterworfen, innerhalb dessen die Transportgefährdungen vorgekommen sind. (Hört, hört.) Würde es dem französischen Gewalthabern nur darauf angekommen sein, den Eisenbahnverkehr im besetzten Gebiet gegen eine Gefährdung in gleicher Weise zu schützen, wie in anderen Ländern, so würde es dazu dieser Verordnung nicht bedurft haben. Was diese Verordnung bezweckt, ist

Terror gegen die preußischen Eisenbahner.

(Zuruf bei den Kommunisten: Wie Noske! Unruhe in der Mitte und rechts.) Durch Strafbestimmungen von unerhörter Grausamkeit sollen sie gezwungen werden, sich im Widerspruch mit ihrem Diensteid, ihrer vaterländischen Pflicht und ihrem Gewissen an der rechtswidrigen Aktion Frankreichs und Belgiens gegen Deutschland zu beteiligen. Diese Blutverordnung, dazu der Einspruch von Mannheim, Karlsruhe und Darmstadt zeigen in ihrer Häufung, wie Frankreich nun jeden Vorwand des Rechts ohne Scham preisgibt. (Sehr wahr!)

So hat in der Tat seit dem Einmarsch in das Ruhrgebiet die französische Regierung der Kette ihrer Rechtsbrüche Tag für Tag ein neues Glied hinzugefügt. Sie hat in allen ihren wirtschaftlichen Berechnungen Enttäuschungen erfahren, in allen politischen Kombinationen Fehlschläge erlitten. Aber sie ist in Verfolg des am 10. Januar betretenen Weges der Gewalt konsequent geblieben. Wohin hat diese Konsequenz geführt? Zwischen den beiden Nachbarvölkern, die wahrlich aller Kräfte bedürfen, um Wunden zu heilen und ihre Wirtschaft zu ordnen, ein Verhältnis gegenseitiger Abkommen zu schaffen, ist ein Haß entstanden, den wieder abzutragen eine ungeheuer schwere Aufgabe wird. Ich halte es für erforderlich, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. (Sehr richtig!), weil weithin sichtbar ein Warnungssignal aufgesteckt werden muß. (Sehr richtig!) Die letzten sieben Wochen sind an unserem Volke nicht spurlos vorübergegangen. Es sind Wochen gewesen, wie sie niemals einem Kulturvolk in Friedenszeiten zudemutet worden sind. Ein unter furchtbarsten Opfern aufgezwungener Frieden, dessen Erfüllung unser Volk bis zur vollsten Verarmung gebracht hat, wird von Frankreich mit Füßen getreten, ohne daß einer der zahlreichen Garanten auch nur einen Finger rührt, um das gemeinsame Werk zu schützen. (Lebh. Zustimmung.) Proteste über Proteste gehen in die Welt; sie werden in Paris mit Hohn abgewiesen und von den anderen Hauptstädten mit Achselzucken hingenommen, als ginge dies alles der Welt nichts an. Und doch ist es die neue, von den Mächten für die Errichtung des deutschen Friedens geschaffene und verbriefte Rechtsordnung, gegen die sich der französische Vorstoß ebenso sehr richtet, wie gegen das nächstbetroffene Deutschland und seine neue demokratische Staatsordnung. Ist es zu verwundern, wenn in unserem Volke Gefühle um sich greifen, die einer von dauernder Kränkung an Ehre und Recht vereinsamten Volksseele mit kaum erträglicher Spannung belasten? (Lebhafte Zustimmung.) Soll diese Spannung nicht zur Gefahr wachsen, soll Recht und Völkerrecht nicht zu Kinderspiel und Widersinn werden, dann haben wir heute die Pflicht, erneut das Unrecht festzustellen und unserem Volke wie allen Völkern der Erde zu zeigen, was an schwerstem Unrecht täglich unter ihren Augen und unter ihrer Duldung erneut geschieht, und unser eigenes Recht festzustellen, so klar und deutlich es immer nur möglich ist, und die Welt zu erinnern, daß Unrecht auf Unrecht nicht höher als bis zur Unerträglichkeit gelangen kann. Das ist nicht mit einer diplomatischen Note abgetan und duldet, wie die Dinge liegen, keinen Aufschub auch nur um Tage. Deshalb, meine Damen und Herren, sind wir heute zusammengetreten und haben vorzeitig die Pause beendet, die Sie in Ihre sachliche Arbeit eingeschoben hatten, um mit den breitesten Volkskreisen wieder in enge Fühlung zu kommen. Darum habe ich in letzter Stunde die seit langem geplante Reise nach München und Stuttgart aufgegeben, von der ich bei dem vollen Einverständnis, das mich mit den Regierungen von Bayern und Württemberg verbindet, förderliche politische Wirkung erhoffen durfte. Lassen Sie mich mit voller Offenheit und Wahrheit zu Ihnen sprechen, wie ich es seither getan:

Unser Schild ist blank

(Widerspruch bei den Kommunisten, Pfuirufe und große Unruhe bei den bürgerlichen Parteien). Wir haben nichts zu verheimlichen und brauchen uns nicht gegenüber dem Wunsche nach Rechnungslegung hinter verschlossene Türen und Vertagungen zurückzuziehen.

Der Kanzler beschäftigte sich dann mit der Frage, was Deutschland in der gegebenen Lage tun kann und tun will. Mit aller Entschiedenheit verwahrte er sich dagegen, daß von deutscher Seite ein Verhandlungsangebot gemacht werde. Ein solches Angebot könnte in der jetzigen Lage eher schaden als nützen. Die Frage der Intervention berührte er nicht, aber er wies darauf hin, wie eigenartig es in Deutschland berühren müßte, daß die ganze Welt dem ungeheuren Gewaltakte der Franzosen ruhig zugesehen habe, ohne irgendeine Hand zu rühren. Wenn später Interventionen von irgendeiner Seite erfolgen sollten, dann werde Deutschland sich solchen Anregungen nicht verschließen, aber unter der selbstverständlichen und ausdrücklichen Voraussetzung, daß Deutschland bei den Verhandlungen als gleichberechtigter Faktor auftreten müsse. Mit einem Appell an das deutsche Volk schloß die Rede, die etwa dreiviertel Stunde dauerte.

Die Interalliierte Rheinlandkommission, die sich längst zum Büttel Frankreichs und Belgiens degradiert hat, hat den demokratischen Reichstagsabgeordneten Korell-Niederingelheim mit sofortiger Wirkung, seine Familie binnen vier Tagen aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Es geschah dies ausdrücklich nicht wegen irgendwelcher angeblicher Vergehen gegen die widerrechtliche französisch-belgische Sanktionsverordnung, sondern wegen seiner Eigenschaft als Abgeordneter.

Botschafter Dr. Mayer †

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

München, 6. März.

Botschafter Dr. Mayer ist heute nacht in München gestorben. Bei einem Probeeingriff, der vor wenigen Tagen vorgenommen worden ist, bestätigte sich die Diagnose einer bösartigen Neubildung des Magens, deren Folgen der Botschafter Dr. Mayer nunmehr erlegen ist.

Dr. Mayer galt als einer der besten Wirtschaftssachverständigen Deutschlands und hat sich namentlich in der Kaliindustrie einen ausgezeichneten Namen gemacht. Ein von ihm eingebrachter Antrag auf Ueberwachung der Kartelle hat zuerst die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf ihn gelenkt. Im Reichstage, in den er im Jahre 1905 gewählt worden ist, war er ein sehr geschätzter Mitarbeiter, namentlich hielt der alte Spahn große Stücke auf ihn. Eine Zeitlang galt er als der kommende Führer der Zentrumspartei in Bayern. Als sich nach dem Zusammenbruch der bayrische Flügel von der Zentrumspartei abgelöst und als Bayrische Volkspartei selbständig gemacht hatte, schloß sich Mayer dieser Partei an, wurde auch als einer ihrer Vertreter in den Reichstag gewählt, hielt sich aber politisch mehr zum Reichszentrum, besonders zur Politik Erzbergers. Persönlich war er in seinen Kreisen als außerordentlich liebenswürdiger Mann bekannt. Unter dem Eindruck der beginnenden Krankheit hatte er den Beschluß gefaßt, sich in dem schönen Hause, das er sich noch in Nymphenburg erbaut hatte, zur Ruhe zu setzen.

SLUB
Wir führen Wissen.